

Kurzprotokoll der Sitzung des Stadtrates vom 23.10.2013

Beginn: 19:31 Uhr
Ende: 23:46 Uhr

Ort: Großer Sitzungssaal Rathaus

Sitzungsleiter: Hannelore Gabor

Anwesend: Werner Landmann, Rudi Naisar, Sylvia Schmidt, Jochen Karl, Dietmar Gruchmann, Götz Braun, Joachim Krause, Rudolf Schopf, Wolfgang Neuhauser, Albert Biersack, Manfred Kick, Josef Kink, Hans-Peter Adolf, Walter Kratzl, Ingrid Wundrak, Peter Riedl, Florian Baierl, Alfons Kraft, Norbert Fröhler, Henrika Behler, Amin Scholz
Verwaltung: Herr Zettl, Herr Balze, Frau Knott
Zahlreiche Zuschauer

TOP 1: Neuaufstellung des Flächennutzungsplans; Entscheidungen über die offenen Themen und Freigabe für die Öffentlichkeitsbeteiligung und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB

Herr Zettl möchte die neu eingereichten Anträge zuerst behandeln und dann auf die Empfehlungsbeschlüsse eingehen. Herr Adolf fragt nach, ob heute ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden soll. Das wird von Frau Gabor verneint, Herr Zettl wird einen Entwurf aufgrund der heute gefassten Beschlüsse erarbeiten.

Herr Schopf beantragt neue Gebiete für die Forschungsinstitute, der Ausschussbeschluss soll beibehalten werden, wonach keine Ausweisung als Sondergebiet westlich der B11 erfolgen soll. Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ich rege an, das Sondergebiet Autoverwertung in den Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet aufzunehmen. Herr Riedl spricht stark dagegen, da die Auflagen dann geringer seien. Herr Fröhler sieht auch keine Veranlassung zu einer Planänderung. Rudi meint, eine planerische Aufwertung wäre nicht schlecht. Herr Adolf rügt die Bezugnahme auf Anlage 3.2, weil der Flächennutzungsplan den Bebauungsplan nicht vorwegnehmen kann. Es wird beschlossen, das Sondergebiet Autoverwertung in das Gewerbegebiet aufzunehmen. Die Grünen stimmen gegen die Ausweisung als Gewerbegebiet, ebenso Götz.

Das Sondergebiet „Pkw-Neuwagen-Zwischenlager“ soll als solches ausgewiesen werden. Herr Kratzl beantragt, die Ausweisung als Wald zu behalten. Der Beschluss zur Ausweisung wird gegen die Stimmen der Grünen gefasst.

Es geht um die Flächen für Windkraftanlagen, die nördlich des Gewerbegebietes ausgewiesen werden sollen. Herr Schopf gibt zu bedenken, dass es in Garching zu wenig Wind gibt. Herr Zettl erläutert das Problem der Privilegierung von Windkraftanlagen. Herr Adolf beantragt die Ausweisung aller möglichen Flächen und ist gegen die Einschränkung auf diese Fläche W1. Herr Biersack gibt der Erweiterung des Forschungsgeländes Vorrang. Der Heideflächenverein prüft die Errichtung eines Windparks in der Fröttmaninger Heide. Der Beschlussantrag wird gegen die Stimmen der Grünen und Herrn Schopf beschlossen.

Die Wohnbauentwicklung Hochbrück benötigt einen Mindestabstand zum Gewerbegebiet, aber das ist Gegenstand der Bauleitplanung.

Herr Schopf hält den Landschaftspark an dieser Stelle für ungeeignet, sondern hält dort Wohnbebauung für angemessen. Götz bringt das Projekt der Schule an dieser Stelle in die Diskussion. Dazu müsste eine Gemeinbedarfsfläche ausgewiesen werden. Ich bestätige, dass wir den Ortspark an dieser Stelle weiterhin befürworten. Frau Behler bestätigt, dass der Ortspark nach Meinung der BfG nicht bebaut werden sollte. Herr Riedl hält die Ausweisung von Gemeinbedarfsflächen für weitsichtig. Auch Herr Baierl hält die Ausweisung als Ortspark für sinnvoll

und erinnert an die U-Bahn-Trasse, die nicht uneingeschränkt bebaubar ist. Herr Fröhler hält den Ortspark für einen Gewinn.

Gegen die Ausweisung des Ortsparks als Grünfläche mit baulichen Anlagen stimmen Herr Schopf und Herr Neuhauser, ebenso gegen die beiden Ausweisungen südlich als landwirtschaftliche Flächen.

Die Weiterführung der U-Bahn zum Flughafen soll Planungsziel bleiben, eine Ausweisung einer Realschule südlich des geplanten Feuerwehrhauses wird nicht als geeignet angesehen. Herr Baierl meint, Gemeinbedarfsflächen sollten gesondert besprochen werden. Herr Biersack findet die Gemeinbedarfsfläche südlich des Feuerwehrhauses nicht für schlecht. Das wird einstimmig beschlossen.

Auf dem Postgut soll ein Hotel ausgewiesen werden, gegen 6 Stimmen aus SPD (außer Dietmar) und 3 Grünen. Keine Ausweisung für Logistikunternehmen wird von der BfG und drei Grünen gewünscht. Ein VHS-Standort soll allgemein aufgenommen werden.

Es geht um den prognostizierten Wohnbedarf pro Person, der sich nach einer Untersuchung der IHK auf 45 qm steigern soll. Das wird von Herrn Adolf bestritten. Es soll nach Meinung der Verwaltung bei 40 qm bleiben. Diesem Beschlussantrag wird gegen die Stimmen der Grünen, von Herrn Schopf und der BfG außer Herrn Fröhler zugestimmt.

Bei der Ausweisung des Gewerbegebietes Hochbrück an der B13 ist die Verwaltung dafür, was Herr Biersack unterstützt, um sich Optionen offenzuhalten. Herr Baierl unterstützt den Vorschlag, nur das derzeitig bebaute Gebiet als Gewerbegebiet auszuweisen. Ich lehne das für die SPD ab, auch Herr Fröhler hält die Ausweisung als Grünfläche für besser und meint, das später wieder ändern zu können. Herr Zettl befürchtet, dass bei Ausweisung als Grünfläche auch die Erschließung für die Kleingärten nicht mehr gewährleistet wäre. Rudi schlägt vor, den bestehenden Zustand erst einmal zu belassen. Frau Gabor meint, die Ausweisung als Gewerbegebiet sei der BImA schon versprochen worden. Die Ausweisung des südlichen Gewerbegebiets wird gegen die Stimmen von CSU, FDP und Unabhängige abgelehnt und ist nun Außenbereich, die des ehemaligen MOB-Stützpunktes wird gegen 9 Stimmen (incl. Götz und Herrn Schopf) beschlossen.

Beim 4-spurigen Ausbau der B471 soll dieses Vorhaben herausgenommen werden, nur die Ertüchtigung der Knotenpunkte soll bleiben. Rudi verweist auf den Knotenpunkt B13/B471, der ebenfalls überlastet ist. Der 4-spurige Ausbau soll nun von vornherein abgelehnt werden. Damit sind alle einverstanden. Zur Ausweisung des Naturschutzgebietes Isar-Nord wird auf das weitere Verfahren verwiesen und ein Beschluss dann eingearbeitet.

Herr Adolf möchte die Fläche für den ruhenden Verkehr ausrechnen gegenüber den Flächen für den fließenden Verkehr. Frau Gabor schlägt vor, das separat zu machen. Letztlich wird der Antrag gegen 3 Stimmen der Grünen abgelehnt.

Es wird dann einstimmig beschlossen, die B11 nicht zu verlegen.

Die Wohnbauentwicklung in Hochbrück wird ebenfalls gegen die drei Stimmen der Grünen beschlossen.

Die mögliche Erweiterung der Kleingartenanlage um nur 80 m nach Osten wird einstimmig beschlossen.

Bei den Sportflächen meint Herr Kraft, sie sollten in der Nähe des Stadions liegen. Ich schlage vor, keine Sportflächen auszuweisen und das erst später zu ändern. Herr Zettl begründet den Vorschlag der Verwaltung, die eine Verbindung der bestehenden Sportstätten vorsieht. Er hält die Flächen an der Autobahn für zu schmal, da ein Wall aufgeschüttet werden müsste. Die Flächen entlang der Umgehungsstraße werden gegen die Stimmen der Grünen zu landwirtschaftlichen Flächen. Auch alle Flächen zwischen den Sportstätten und entlang der Autobahn werden als landwirtschaftliche Flächen ausgewiesen (mit den Stimmen der SPD ohne Götz, Herrn Schopf, Herrn Biersack, Frau Behler, Herrn Kraft und Herrn Scholz).

Der Ausweisung von Wohnbebauung westlich der B11 wird gegen die Stimmen von Grünen, Herr Fröhler und Herrn Kraft zugestimmt.

Die Ausweisung der Heizzentrale wird einstimmig beschlossen.

Die Ausweisung des Wohngebietes Wagner wird gegen die Stimmen der SPD außer Götz und Herrn Schopf zugestimmt.

Auf der südlichen Kellerer-Fläche argumentieren Herr Fröhler und Herr Baierl gegen die Ausweisung als Grünfläche. Die Ausweisung als Grünfläche wird mit 11 zu 10 Stimmen abgelehnt, die Ausweisung

als Gemeinbedarfsfläche findet nur 4 Befürworter. Die benachbarte Fläche wird gegen die Stimmen der Grünen und der BfG als landwirtschaftliche Fläche belassen. Es wird einstimmig die Ausweisung der Gemeinbedarfsfläche an der Grundschule-Ost beschlossen.

TOP 2: Mitteilungen aus der Verwaltung

keine

TOP 3: Sonstiges; Anträge und Anfragen

Herr Adolf fragt nach dem zusätzlichen Zebrastreifen zwischen Gartenstraße und Auweg. Herr Zettl verweist auf technische Probleme, die mit der Straßenbreite zu tun haben. Er verteilt einen Dringlichkeitsantrag. Herr Baierl spricht dagegen. Herr Zettl verweist darauf, dass das Landratsamt erst die Kosten prüfen wird. Frau Gabor lässt die Abstimmung nicht mehr zu und beendet die Sitzung, was von Herrn Adolf mit der Bemerkung "Sauerei" kommentiert wird.

Für das Protokoll: *Joachim Krause*